

Verlag DIE ANDERE ZEITUNG Verlag-GmbH, Redaktion und Verlag Hamburg 13, Alsterstraße 29, Tel.: 41 83 86 / 87. — Für den Inhalt verantwortlich: C. Petersen, Städt. — Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen — Monatsabonnement durch die Post D.M. 1,20 zuzüglich D.M. 0,50 Zustelgebühren.

DIE ANDERE ZEITUNG

Nr. 22 · JAHRGANG 4

HERAUSGEBER:

GERHARD GLEISSBERG

RUDDOLF GOTTSCHALK

HAMBURG, 29. MAI 1958

Verlagsleitung: Lotte Jassonow & K. Postelbeck, Alsterstraße 29, Hamburg 13. Druck: Strider und Gerdtz, Postfach 10, Städt. — Verlagsort und Gerichtsstand ist Hamburg. — Für Herausgabe und Auslieferung in Oesterreich verantwortlich: Hermann Waldbur Verlag und Zeitungsvertrieb Wien · Salzburg.

Verwirrung in Frankreich

Der nachfolgende Bericht unseres Pariser Mitarbeiter, der uns vor Pfingsten erreichte, beschreibt die Situation in Frankreich, wie sie sich bis Ende der vorigen Woche entwickelt hatte.

Die am 13. Mai investierte Regierung Pflamin ist zwar gegen die Putschisten, verneint jedoch alle Maßnahmen, die auf eine energische Gegenoffensive schließen lassen könnten. So wurde der Hindruck eines Gleichgewichts der Kräfte geschaffen, in dem angeblich nur noch de Gaulle den Ausschlag geben könnte.

Parlamentarisch vertritt die Regierung über eine demokratische und republikanische Mehrheit, wie sie selten eine Regierung der IV. Republik hatte. Diese Regierung kann sich auch in ihrem Kampf gegen die Putschisten auf alle Gewerkschaftsbünde und alle republikanischen und demokratischen Massenorganisationen, einschließlich der Kommunisten und ihrer Nebenorganisationen, stützen und verlassen. Die Putschisten haben jedoch — außer den Kolonialtruppen in Algerien — nicht viel hinter sich; in der Nationalversammlung einige 113 Abgeordnete und außerparlamentarisch einige fa-schistische Organisationen, ohne Massenanhänger. Sie spekulieren lediglich auf die Autorität des „Generals“ de Gaulle, dessen Glanzzeiten längst vorbei sind und dessen Partei, die Sozialistlikamer bei den letzten Kandidaturen schwere Verluste erlitt.

De Gaulle aber hatte sich mit seiner Erklärung vom 13. Mai offen hinter die

teifügung der Republik ausgesprochen. Die Regierung wollte sich nicht auf die Massen stützen und glaubte, allein mit den staatlichen Machtkörpern (Armee, Polizei, Gendarmerie und Verwaltung) Herr der Lage werden zu können, ohne diese Machtkörper gegen die Putschisten einsetzen zu müssen. Hier droht der Republik eine Gefahr, die noch größer ist als die akute Gefahr, die durch den Putsch vom 13. Mai in Algerien entstand.

Der 13. Mai in Algerien war nicht allein das Werk von Zwillisten. An ihm war die Armee durch den General Massu und seine Fallschirmtruppen beteiligt. Wahrscheinlich war auch der damalige Verteidigungsminister Charbon-Delmas mit im Spiel. In dem



derer hoher Verwaltungsbeamten in Algerien, sondern nahm auch selbst neue Ernennungen vor. Und die Männer, die er ernannte, waren Männer der Putschisten! General Salan ließ nicht nur de Gaulle akklamieren, sondern tat auch nichts, um die Landung des illegal aus Frankreich nach Algerien geflohenen J. Soustelle zu verhindern. Soustelle wurde von Salan in Algerien empfangen, obwohl er wußte, daß

G. G. Ist die SPD „in den Linksradikalismus abgerutscht“, wie Adenauer behauptet, ist mit Herbert Wehner, der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, der Führer der „Linken“ in der Partei spitze gelangt, wo er den auf dem Stuttgarter Parteitag schon halb verabschiedeten Erich Ollenhauer und den zarbesessenen bayerischen Freiherrn von Knirringen überspielen wird, wie es der Pressedienst der CDU prophezeit? Oder hat auf dem Stuttgarter Parteitag ganz im Gegenteil der „Rechtskurs“ triumphiert, weil Deist dort mit seiner Absage an den Klassenkampf und die Sozialisierung der Produktionsmittel (mit der einzigen Ausnahme des Kohlen-

In dieser Nummer:

- Arthur Seehof: Wer ist mit Kriegsvorbereitung beschäftigt?
- Willy Huhn: Vorgeschichte der „Atombomben-Diplomatie“
- Siegfried Einstein: Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher
- Herbert Ihering: Schöpferische, aber nicht verführerische Phantasie
- Karl Ludwig Opitz: Im Tornister: ein Marschallstab
- Störfener gegen Ospolink / Ungarn braucht Frieden / Wieder Todesstrafe in Westdeutschland? / Kultur-Film und Kultur-Industrie / Gebet über Abgründen / Aus der Gesellschaft

Ist die SPD in Bewegung gekommen?

Mal, als sie in der wirtschaftspolitischen Debatte die Hohlheit der Porten des Dr. Deist anprengerten (ohne dann freilich die von ihm be-fürwortete Resolution zu Fall zu bringen); das dritte Mal, als sie Herbert Wehner zum stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidierten und wählen, und das vierte Mal, als sie — diesmal offensichtlich im Bunde mit der Rechten gegen den „Apparat“ — das bisherige Parteivorstandspärio durch die Nichtwiederwahl Heines und Herta Gotthelbs um ein Drittel reduzierten und Ollenhauer, und in stärkerem Maße noch hauer, und in stärkerem Maße noch hauer, und in stärkerem Maße noch hauer, die beiden zeigten, daß auch ihre Tage gezählt sind.

Möglichkeit zu, daß die SPD nun in Bewegung geraten wird; aber erst die Folgen des Parteitages werden es bestätigen können. Denn die Resolutionen, die in Stuttgart gefaßt wurden, waren von eher Scheinheit, die nahezu unüberlieferbar ist, und man könnte eine lange Liste der Themen aufstellen, mit denen sich Sozialisten in diesem Zeitpunkt hätten sehr ernsthaft befassen müssen und von denen in Stuttgart überhaupt nicht die Rede war. Es wurde nicht von der Gefahr des Faschismus und Militarismus geredet, die das Beispiel Frankreichs uns überdeutlich vor Augen stellt, es wurde nicht von der Wirtschaftskrise und der Inflation geredet, die das bestätigen,

Siegfried Einstein: Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher

Eigentlich müßte das nun Folgende unter dem Titel „Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und stinkigen Jud“ stehen, sieht in unserer Geschichte der „stinkige Jud“ eine fast so bedeutende Rolle spielt wie der heilige Kriegsverbrecher über welcher heilige Gazette wäre ein solcher Mann mit Titel zuzumuten? Obigen (und das muß gleich zu Beginn dieser Geschichte gesagt sein) unsere Geschichte ist gar keine Geschichte im Sinne einer Erzählung, sondern ein Tatsachenbericht. Und an seinem Ende werden wir auch erfahren, wie der „Jud“ zu seinem inoffiziellen Adjektiv kam und der Kriegsverbrecher heiliggesprochen ward.

In der süddeutschen Stadt Lampertheim tritt — zur Abwechslung und Ehre des „stinkigen Jud“ — ein neuer Spitzvichor „Jud, Palastina, Jud, Palastina“ Ausgelöst hat ihn ein gewisser Herr Hesse durch einen Heftartikel. Doch dann kamen sie sich zu sprechen kommen. Zuerst sei es leicht festgelegt, daß der „Jud“, der gar nicht nach „Palastina“ will, an diesen und an andere Spitzvichor in der Stadt (wir sagen: fast) gewöhnt hat, nachdem es in der Nacht vom 29. auf den 30. August des Jahres 1956 ein Pogromstimmung lag in der Luft — furchbar vor dem Fenster des „stinkigen Jud“ gegolft hatte. „Jud, komm runter! Jud, komm runter!“ Damals steht uns ein „Jud“ den Bundeskanzler, den Ministerpräsidenten des Landes Hessen und verschiedene Abgeordnete im Schutz und Hilfe an — doch auf dem linken Ohr war man taub und auf dem rechten hörte man Melodien, die irgend-wo, so schien es fast, aus dem Badeweihermark erinnern . . . Und nun, was ist nun in der durch Judenverfolgungen zwischen 1933 und 1945 in der Reichsberühmtheit gekommenen Stadt Lampertheim geschehen? Und was hat der „stinkige Jud“ mit dem heiligen Kriegsverbrecher zu tun?

Der aus den Jahren 1933—1945 berühmte und sehr gefürchtete Naziskribent Max Hesse schreibt zur Kenntnis in der „Lampertheimer Zeitung“ einen am Stil Streichers geschulerten Artikel. Die Beschimpfen in der heiligsten Elabard des „stinkigen Jud“ — wie immer — der Widerstandsmann und Publizist Dr. Rudolf Pechel, Herausgeber der „Deutschen Rundschau“ und der „stinkige Jud“, zu seinem Adjektiv kam unser „Jud“ übrigens durch den exzellenten Antisemiten Jakob Schmidt, Herausgeber unseres Max Hesse und Stadtrat zu Lampertheim. Man ahnt bereits, wohin unser bauer, hakenkreuz-förmig laufender

Hase eigentlich will . . . Doch hören wir, was ein westdeutscher Publizist dazu zu sagen hat: „Zunächst sei festgestellt, daß diese großwahnsinnige Gelächter eines Provinzialbürokraten gegen Persönlichkeiten wie Dr. Pechel und . . . (hier steht der Name des „stinkigen Jud“) geradezu lächerlich anmutet. Aber die Ursachen liegen weiter zurück.“ Welches sind nun die Ursachen?

Am 21. November des Jahres 1935 hatte Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk u. a. erklärt:

„WILHELM RAU hat nach glaubwürdigen Aussagen im besetzten Polen die Rolle gespielt, die Roland Freisler in Deutschland durchführte.“

Wer ist dieser Wilhelm Rau, unser heiliger Kriegsverbrecher, heute? Er ist Justiz-Oberinspektor in Mainz! Und wer war Wilhelm Rau von 1933 bis 1945? Lassen wir uns durch von einer seriösen westdeutschen Zeitung dazu aufklären:

„Rau war bereits 1933 ein strammer SA-Mann. Nach der Machterobernahme durch Hitler beteiligte er sich in einem SA-Rollkommando an Aktionen gegen Antifaschisten (Zeugenaussagen liegen vor). Man weiß, was er wurde, als er gefordert, Herrn Rau einmal fragen, wo er gewesen sei, als die SA im katholischen Jugendheim die Fahnen plünderte . . .“

Nach Kriegsausbruch ging er als Justiz-Inspektor nach Polen. Dort ist er ein wichtiger Zeuge des DOKUMENT wurde der Staatsanwaltschaft mit Schreiben vom 22. Oktober 1956 zugeteilt: — u. a. folgendes:

„Wilhelm RAU befand sich von 1939 bis 1942 in der zeitweilig besetzten Gebieten der Republik Polen als Vertreter der deutschen Justiz in den Städten Choczeu, Kutno und Bresz-Kujawski, wo er wiederholt in seiner Funktion als Ankläger gegen polnische Bürger an Gerichtsverhandlungen teilgenommen hat. Im März 1941 war Rau dabei, als fünfzig polnische Bürger in Kutno erschossen wurden; im April desselben Jahres wurde in seiner Gegenwart das Todesurteil an drei polnischen Patrioten auf dem Marktplatz in Kutno vollzogen.“

Im Dezember 1939 war Rau mit Mitangehörigen der deutschen Justiz in der Stadt Bresz-Kujawski anwesend, die man mit Gewalt zwang, sich gegenüber die Härte abzurufen und die Barthaare zu schlecken. Rau fotografierte diese Mißhandlungen.“

Für obige Taten wurde er von der Sowjetbehörden zum TODE VERURTEILT, später jedoch zu 25 Jahren bedingt.

Zeitung“ — als persönliche Auseinandersetzungen — zwischen dem Widerstandskämpfer Pechel und Herrn Rau zu werteln! Allerhand . . .

Was wissen die bunsrepublikanischen Justizbehörden über Wilhelm Rau? Im Heimkehrer-Erfrassungsbogen des Lagers Ostland (Westdeutschland) findet sich über Rau folgende Eintragung:

„Anwendung der hitler-faschistischen Gesetze“

Das wesentliche Dokument (siehe Choczeu, Kutno und Bresz-Kujawski) über Raus Vergangenheit ging — wie bereits gesagt — der Staatsanwaltschaft am 22. Oktober 1956 zu. Und was geschah dann?

Dann (vor kurzem erst) war's rehabilitierte der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans Oebel Herrn Wilhelm Rau ohne ein Verfahren. Lediglich auf Grund der Aussagen des SA-spez. Richter des Werkes „SS im Einsatz“ zu finden ist mit solchen „Entlastungszeugen“ hat der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans Oebel seinen Herrn Wilhelm Rau der westdeutschen Öffentlichkeit als Osterlammlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Gündert, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Gündert hat weit vorgedehnt, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat. Er wurde auf seinem Standpunkt beharrt. Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschädigte (Pechel) aus dem Lande in seinen Straftraf gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückziehen flüchtiglich werden wurde.“

Der Lampertheimer Bürgermeister, der über diese Sendung scheinbar nicht hinwegkommen konnte, hat seinen Ehren „seines“ Wilhelm Rau eine Pressekonferenz ein (f) und dann beehrte er den Mainzer Oberstaatsanwalt Lampertheimer HERREN einen Freundschafstafel erweist:

Es konnte nachgewiesen werden, daß Rau zwar bei verschiedenen Gerichten im besetzten polnischen Gebiet (in Bresz-Kujawski, Choczeu und Kutno) tätig war, daß er mög-

licherweise auch das Amt eines Antisemitenvertreter in antisemitischen Strafverfahren — also Bagatelldelicten — ausgeübt hatte, daß er jedoch unzulänglich in einem Verfahren mitspielt, welches über die Todesurteile zur Folge hatte.“

Man dankte den Herren vom „Mannheimer Morgen“! Selbstredend sind



Auf dem jüdischen Friedhof von Lampertheim

das BAGATELSACHEN: . . . als fünfzig polnische Bürger in Tabin erschossen wurden . . . das Todesurteil an drei polnischen Patrioten auf dem Marktplatz in Kutno vollzogen . . . Mißhandlungen von polnischen Juden, die man mit Gewalt zwang, sich gegenseitig die Härte abzurufen und

Was geht in Lampertheim vor?

Die „Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und stinkigen Jud“ ist noch nicht zu Ende. Zu Ende ist sie auch dann nicht, wenn wir folgende Einzelheiten zur Kenntnis genommen:

1. Bereits im Jahre 1933 stellte ein Lampertheimer Schulrektor, ein ganz spezieller Freund des Antisemiten Jakob Schmidt, dem Bürgermeister Gündert die Bescheidene Frage:

„Wußten Sie, daß Herr . . . ein Jude ist?“

Einige Monate später durfte der „Jud“ keine Vorlesungen mehr an der Lampertheimer Volkshochschule halten. Er wurde einfach hinausgeworfen. Grund: Sein Judentum.

2. Der Lampertheimer Polizei-Angeboter Friedrich Dinges antwortete auf die Frage des Richters, warum damals die Tür ungehebel blieb:

„Weil ich ein Jude war.“

3. Der 24jährige Werner Schmidt, Sohn des Antisemiten Jakob Schmidt, lautete während Monaten den „stinkigen Jud“ vor bösen Zuhörern aus dem Schlaf. Er wurde erwischt — und gestand vor dem Untersuchungsrichter. Dafür beharrte er beim Lampertheimer Amtsgericht DM 10.— (sehn!)

4. Der Lampertheimer Kinobesitzer Hans Harnbaum belegte den „stinkigen Jud“ vor versammelter Gemeinde. Der Herr Oberstaatsanwalt in Darmstadt fand, daß die westdeutsche Öffentlichkeit kein Interesse daran habe! Und so mußte Eisenbraun auf dem Weg der Privatklage DM 100.— an jüdische Waisenkinder bezahlen. Später erklärte er, sich beim „Jud“ entschuldigend:

„Wenn ich Sie nicht verurteilt hätte, so hätte Herr Horneck (der Polizeichef von Lampertheim und einer der treuesten Freunde des Judenhaars Jakob Schmidt) einen anderen Grund gesucht, um gegen Sie vorzugehen.“

5. Der ehemalige Lampertheimer Kriminalsekretär Heinz Müller bescheinigte dem Antisemiten Jakob Schmidt, daß er „ein wohlgesegneter Bürger“ sei — und gleichzeitig kündigte er den „Jud“ in überbietbarer Weise: „Heute ist Herr Müllers Bundeswehr-Offizier!“

6. Der Stadtrat Jakob Schmidt erklärte vor versammelter Fraktion: „Der stinkige Jud“:

„Später erklärte er stolz vor Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor: „Vor 50 Jahren hat man schon ‚Dreckjud‘ gesagt.“

7. Jakob Schmidt legnete durch zwei Instanzen vor Gericht seine Mitgliedschaft zur NSDAP. Der „stinkige Jud“ jedoch konnte ihm via Document Centre, West-Berlin, seine NSDAP-Mitgliedsnummer und sein Eintrittsdatum nachweisen. Doch schrieb lediglich: „kein voller Beweismittel.“

8. So gelten also nicht einmal mehr die exakten Angaben der Dokumentenzentrale! Dafür gilt die eigene Angabe des Herrn Jakob Schmidt. Und die Meldeanzeige des „stinkigen Jud“ vom 8. August 1956 ist wertlos geworden.

9. Eine Strafverfolgung liegt, wie Herr Generalstaatsanwalt meint, „nicht mehr im öffentlichen Interesse.“ (f) Es heißt wörtlich: „Nicht mehr.“ Soll das heißen, daß wir bei 1938 angefangen sind?

10. Hierzu schrieb der bedeutende jüdische Rechtsanwalt Joseph Klibansky kurz vor seinem Tode: . . . Nach meinem Dafürhalten ist kein Handwerk zu legen.“

11. Ich habe dann beim Herrn Generalstaatsanwalt Beschwerde eingelegt lassen. Unbesorgt, die heilige Justiz duldet kein Unrecht, hat Herr Jakob Schmidt die offizielle Verfahren gegen Jakob Schmidt. O wie sehr hat der tapfere Joseph Klibansky gelächelt Herrn Jakob Schmidt

die Barthaare zu schlecken. Rau fotografierte diese Mißhandlungen.

„Unverzüglich verhaften.“

Duß zwar westdeutsche Rundfunkanstalten und Blätter wie die „Frankfurter Rundschau“ und das „Darmstädter Echo“ von Lampertheim nach Herr Rau kennt den jüdischen Jakob Schmidt, der den „Jud“ in den „stinkigen Jud“ umtaufte, recht gut. Und wer begreift nicht, daß der ordentliche Morgenluft witternde Herr Rau sich (obwohl in einem Schreiben an die „Stadtsanwaltschaft Darmstadt“) zu fürchten hat, daß unser „Jud“ mit einer hohen Gefängnisstrafe zu belegen sei, denn mit Geld sei „das nicht mehr zu zahlen.“ Was er nicht will, ist die eigene „Jud“ für die Beschaffung des DOKUMENTS verantwortlich zeichnet. Ein Verfahren gegen Herrn Rau schied Herr Rau an die Staatsanwaltschaft, der „stinkige Jud“ des Jakob Schmidt sei unverzüglich zu verhaften. Die Fluchtverpflichtung besteht. Er der „stinkige Jud“ muß ins Gefängnis (so meint Herr Rau) . . .

Der heilige Kriegsverbrecher, wie und durch welchen Weg — alle Kriegsverbrecher werden hierzulande belohnt — von Lampertheim nach Mainz und umgekehrt. Der „stinkige Jud“ so meint Wilhelm Rau, müsse nun flüchten . . . Der heilige Kriegsverbrecher fühlt sich mehr als sicher im Reich von Glöbke und Lautz.

9. Der Landtagsabgeordnete Dr. Karl Kellmann hat sich mit dem Staatsanwalt in Darmstadt verbunden.

Frankfurter Neue Presse: „Er soll mit anderen Kammerlen — gemeint sind die Judenverursacher — gerichtlich aufrechen. Das ist längst erledigt.“

Rechtsanwalt Josef Jösch, der die „stinkigen Juden“ in der „Lampertheimer Zeitung“ über den schandbaren Neozionismus vertritt, wendete sich u. a. mit folgendem Satz an den Herrn Generalstaatsanwalt: „Es rechtfertigt sich die Frage, was man denn alles einem jüdischen Bürger gestugt werden, um das öffentliche Interesse zu wahren.“

Der Heilige Generalstaatsanwalt hat dem Frankfurter Anwalt Josef Jösch keine Antwort zukommen lassen . . .

10. Darin muß der „stinkige Jud“ beinahe DM 3000 (dreitausend) bezahlen, weil er die schlimmsten Peiniger als „Naziböser“ und „aristokratische Bildungsbildner“ bezeichnet hat. Die Peiniger sind Dr. Kellmann, der die Judenvergessen als „solle Kammerlen“ bezeichnet. Pg. vom 1. März 1953 (f) konkretisiert in keiner Weise.

11. An Sprechern gibt es bis heute in der „Lampertheimer Zeitung“:

„Jud, komm runter! Jud, komm runter!“

„Jud, Palastina, Jud, Palastina!“

Ferner wird für den „Jud“ am helllichten Tage das Horst-Wessellied gepfiffen. Und die „Lampertheimer Zeitung“ und der Lampertheimer Magistrat.

12. Die Lampertheimer Behörden arbeiten bereits im Juli des Jahres 1956 mit der schlimmsten NS-Zeitung nach 1945, mit der „Anklage“ (Bad Wörthofen) zusammen. Die „Anklage“ beledigte in einem zynischen Artikel die acht Vergasteten unseres „Jud“ — und brieft sich besonders verwerflichen Stellen auf. „Ausagen der Lampertheimer amtlichen Stellen!“

13. Die Basler National-Zeitung schrieb nicht von ungelug.

„Es war ausgerechnet Lampertheim, das Hitler als erste Kleinstadt melden mußte, daß es frei von Juden sei.“ Wenn man über dann noch erfährt, daß das heilige Innenministerium vor kurzem an den Schriftführer Siegfried Ziebart herangehört ist, um ihn über die Angelegenheit in Kenntnis zu setzen, so ist das Ausmaß und die Unwissenheit des Innenministeriums erregt habe, dann muß man sich fragen, wie weit sich politische Ansichten und Mentalitäten schon wieder festgelegt und ausgesprochen haben und welche größere Schamensmütze hinter dem Ganzen stecken.

14. Vor einiger Zeit ist der jüdische Friedhof zu Lampertheim geschändet worden. Die Grabhäuser können wieder einmal nicht gefunden werden. Die Lampertheimer Polizeistellen finden nur heraus, was „Basenbesuche“ getrieben wird („stinkiger Jud“ und „Antisemiten“ unter dem Dach). Die „Lampertheimer Zeitung“ wurde suchen gefilmt, damit die Welt erfahren, was hier möglich ist — gleich einem Raubmörder. Es ist unangehörig, zu ersehen, wie die later Juden noch gequält werden, wie unverschämlich es in ehemals jüdischen Dörfern sein kann.

15. Zum dritten Mal in der kürzesten Zeit erreichten den „stinkigen Jud“ Briefe aus dem Ausland mit Weg unterschiedlich dem „Jud“ in der „Lampertheimer Zeitung“.

Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und „stinkigen Jud“ ist noch lange nicht zu Ende. Zu Ende aber ist der Raum Unrecht. Die heilige Justiz duldet kein Unrecht. Sie hat die Augen offen. Sie wird endlich sagen, daß der „stinkige Jud“ von Herrn Jakob Schmidt, nämlich Siegfried Einstein heißt.

Der „Spätheimkehrer“

Bereits im Herbst 1955 kam er dann als HELD in seine Vaterstadt Lampertheim zurück. FASCHISMUS trugen ihn damals auf Schultern in seine Wohnung. Lichter waren angezündet. Bürgermeister Adam Gündert veranstaltete für Rau eine Feierstunde, die sich in Faschistenreisen als „außerwöhnlich“ bezeichnet wurde. 2000 Menschen (die „Lampertheimer Zeitung“ stellte es fest) hatten sich zu seinem Empfang versammelt. Es läuteten die Lampertheimer Kirchenglocken (f). Es war wie in der Vergangenheit. Am Ostermorgen . . . Und dann teilte der Publizist Dr. Rudolf Pechel am 21. November 1956 die Öffentlichkeit ein: „Tatsachen über den „Spätheimkehrer“ Wilhelm Rau mit. Und die Öffentlichkeit (nicht nur die deutsche) hatte wörtlich ein Anrecht auf den Bericht zuge aus dem Lebenslauf des „Helden

von Lampertheim.“ Und Herr Rau verklagte prompt den Süddeutschen Rundfunk. Dr. Pechel und den „stinkigen Jud“ — so heißt er nicht immer, seit Herr Jakob Schmidt ihm seinen Namen gab — bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Am 24. November 1955 schrieb die „Lampertheimer Zeitung“ unter der Überschrift „Falschmeldungen des Südd. Rundfunks über „Spätheimkehrer“ in Lampertheim“ Zetermordio: In Angelegenheit des Heimkehrers Rau wird sofort eine Offizialklage gegen den Sprecher des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Pechel, erhoben. „Es kann nicht im Sinne der württembergischen Justiz die Regierung liegen und auch nicht die Aufgabe des Rundfunks sein, daß er als Instrument für persönliche Auseinandersetzungen mißbraucht wird.“ Also: Das Verbrechen der Wilhelm Rau sind — laut Lampertheimer

stehe. Neue Wiederherstellungspläne und Neubauschichten werden bekannt. Der Standortkommandant erklärte, daß die Bundeswehr stets in gutem Einvernehmen mit der Stadt, den Behörden, Dienststellen, Klubs und Verbänden zusammenarbeitet und für ihre Wünsche Gehör gefunden habe. Die Henschelarbeiter aber sind ihrer Einstellung zu dem Bau von Schützenpanzern und der Bundeswehr, für sie ist das Zusammenhang klar, und sie sagen auch nicht Ja zur konventionellen Ausrüstung der Bundeswehr, für sie ist das nur eine Etappe zur atomaren Ausrüstung.

Man würde am 13. Mai in Kassel die Stadt und Land eine Arbeitsgruppe gegen den Atomtod gegründet, der u. a. der Regierungspräsident Dr. Lauritzen, der Debat Sinnig als Hauptvertreter der Kirche angehört. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich auch in dieser Arbeitsgruppe solche Erkenntnisse durchsetzen würden, wie bei den Henschelarbeitern. Man kann manchem Sozialdemokraten im Kommunisten-Verantwortung zugehalten, daß er seinen Ort, seinen Widerstand gegen Aufrüstungsmaßnahmen unter dem Einfluß der opportunistischen Weltpolitik der Parteiführung aufgegeben habe. Doch nachdem die Kassel-Atomkraft-Landtagsbeschlüsse aus dem Kessel als ausgesetzener Geier geworden ist, bedarf es Handlung. Die heilige Überprüfung, wie es dazu kommen, wie es führt und was jetzt zu tun ist, mit der Zeit gehen, heißt die Zeichen der Zeit verstehen und danach handeln.

Die Bundeswehr war der Anfang

Aus Kassel wird uns geschrieben: Über den Widerstand gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen sollte nicht vergessen werden, wie Aufbau der Bundeswehr die Frage ihrer Bewaffnung mit Raketen und Atombomben gar nicht hätte auf die Tagesordnung kommen können. Darin lag ja auch der Sinn des Rufes oder Weisens, gegen die verflorbenen Jahre: Wehret den Anfängen! Es sollte daher auch jetzt nicht vergessen werden, daß der Kampf gegen den weiteren Ausbau der Bundeswehr, gegen Kasernenbauten, gegen die Rüstungsproduktion sogenannter konventioneller Waffen usw. ungedrosselt weitergeführt werden muß. Die Kassel-Henschelarbeiter, die den Bau von Schützenpanzern usw. im Werte von 120 Millionen DM abhaken, wissen sehr wohl, was diese potentielle Waffenfakt gegebenfalls in der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen dem friedliebenden deutschen Volk und den unerwünschten deutschen Militaristen bedeuten kann. Sie wollen nicht mit ihren eigenen Händen dazu beitragen, daß eines Tages die ausgesprochenen Drohungen wirklich werden. Denn, daß die Bundeswehr gegen die Volkbewegung gegen den Atomtod eingesetzt werden soll, ist der Weg zur Entfesselung eines atomaren Vernichtungskrieges freigegeben werden kann. Jahrelang haben sich die Henschelarbeiter in Kassel gegen jede Rüstungsproduktion in ihrem Betrieb, und sie sagen mit vollem Recht: Hätten alle so konsequent gehandelt, in erster Linie die Führung der Gewerkschaften und der SPD, brauchen wir uns heute nicht über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu unterhalten.

Es ist der Fuchs der bösen Tat, daß sie fortgesetzt Böses muß gebären: dieses Schiller-Zitat sollten sich alle Opportunisten, die von einer demokratischen Wehrmacht geträumt haben, hinter die Ohren schreiben. Daran muß auch der sozialdemokratische Magistrat in Kassel mit seinem Oberbürgermeister Dr. Lauritzen erinnert werden. Veranlaßt durch die stierische Bewegung gegen die Rüstungsproduktion im Henschelbetrieb verbreitete sich in der ganzen Kasserler Gegend der Ruf: Kassel darf nicht wieder Garnisonstadt werden! Selbst die bürgerliche Presse war gezwungen, durch eine große Leserumfrage der Stimmung aller Bevölkerungsschichten Rechnung zu nehmen. Mehr als 95 Prozent der Befragten sprachen sich gegen eine Garnison aus. Volksbefragungen in den verschiedenen Stadtteilen erbrachten gleiche oder noch höhere Prozentzahlen gegen die Garnison. Der Magistrat mußte einen entsprechenden Beschluß fassen, und die Stadtoberbürgermeisterversammlung bestätigte ihn: Kassel lehnt ein Garnison ab. Das war im Jahre 1956. Was ist aus diesem Beschluß geworden? Er wurde nicht durchgeführt. Die ehemaligen Kasernen wurden wieder bezogen und zerstörte Instanzgebäude bald wieder als Offizierskasernen eingeweiht. Von einem Delegierten der IG Metall im Verlaufe einer Konferenzdiskussion darauf angesprochen, erwiderte der Oberbürgermeister sinngemäß: Man muß mit der Zeit gehen. In der Kasserler Tagespresse war am 14. Mai 1958 zu lesen, daß nach zu wenig Raum für die Soldaten zur Verfügung

stehe. Neue Wiederherstellungspläne und Neubauschichten werden bekannt. Der Standortkommandant erklärte, daß die Bundeswehr stets in gutem Einvernehmen mit der Stadt, den Behörden, Dienststellen, Klubs und Verbänden zusammenarbeitet und für ihre Wünsche Gehör gefunden habe. Die Henschelarbeiter aber sind ihrer Einstellung zu dem Bau von Schützenpanzern und der Bundeswehr, für sie ist das Zusammenhang klar, und sie sagen auch nicht Ja zur konventionellen Ausrüstung der Bundeswehr, für sie ist das nur eine Etappe zur atomaren Ausrüstung.

Man würde am 13. Mai in Kassel die Stadt und Land eine Arbeitsgruppe gegen den Atomtod gegründet, der u. a. der Regierungspräsident Dr. Lauritzen, der Debat Sinnig als Hauptvertreter der Kirche angehört. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich auch in dieser Arbeitsgruppe solche Erkenntnisse durchsetzen würden, wie bei den Henschelarbeitern. Man kann manchem Sozialdemokraten im Kommunisten-Verantwortung zugehalten, daß er seinen Ort, seinen Widerstand gegen Aufrüstungsmaßnahmen unter dem Einfluß der opportunistischen Weltpolitik der Parteiführung aufgegeben habe. Doch nachdem die Kassel-Atomkraft-Landtagsbeschlüsse aus dem Kessel als ausgesetzener Geier geworden ist, bedarf es Handlung. Die heilige Überprüfung, wie es dazu kommen, wie es führt und was jetzt zu tun ist, mit der Zeit gehen, heißt die Zeichen der Zeit verstehen und danach handeln.

Siegfried Einstein:

Die Geschichte vom heiligen Krieg

Eigentlich müßte das nun Folgende unter dem Titel „Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und „stinkigen Jud“ stehen, sintemal in unserer Geschichte der „stinkige Jud“ eine fast so bedeutende Rolle spielt wie der heilige Kriegsverbrecher — aber welcher Gazette wäre ein solcher Mammut-Titel zuzumuten? Übrigens (und das muß gleich zu Beginn dieser Geschichte gesagt sein): unsere Geschichte ist gar keine Geschichte im Sinne einer Erzählung, sondern ein Tatsachenbericht. Und an seinem Ende werden wir auch erfahren, wie der „Jud“ zu seinem infamen Adjektiv kam und der Kriegsverbrecher heiliggesprochen ward . . .

In der südhessischen Stadt **Lampertheim** ertönt — zur Abwechslung und zu Ehren des „stinkigen Jud“ — ein neuer Sprechchor: „Jud, Palästina! Jud, Palästina!“ Ausgelöst hat ihn ein gewisser Herr Hesse durch einen Hetzartikel. Doch darauf werden wir gleich zu sprechen kommen. Zuerst sei sachlich festgestellt, daß der „Jud“, der gar nicht nach „Palästina“ will, an diesen und an andere Sprechchöre sich fast (wir sagen: fast) gewöhnt hat, nachdem es in der Nacht vom 28. auf den 29. August des Jahres 1955 — Pogromstimmung lag in der Luft — furchtbar vor dem Fenster des „stinkigen Jud“ gegrölt hatte: „Jud, komm runter! Jud, komm runter!“ Damals flehte unser „Jud“ den Bundeskanzler, den Ministerpräsidenten des Landes Hessen und verschiedene Abgeordnete um Schutz und Hilfe an — doch auf dem linken Ohr war man taub und auf dem rechten hörte man Melodien, die irgendwie, so schien es fast, an den Badenweilermarsch erinnerten . . . Und nun, was ist nun in der durch Judenverfolgungen zwischen 1933 und 1940 zu trauriger Berühmtheit gekommenen Stadt Lampertheim geschehen? Und was hat der „stinkige Jud“ mit dem heiligen Kriegsverbrecher zu tun?

Der aus den Jahren 1933—1945 berüchtigte und sehr gefürchtete Nazi-Skribent Max Hesse brachte vor kurzem in der „Lampertheimer Zeitung“ einen am Stil Streichers geschulten Artikel. Die Beschimpfen in dem gehässigen Flabber des Herrn Hesse sind — wie immer — der Widerstandsmann und Publizist Dr. Rudolf Pechel, Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, und der „stinkige Jud“. Zu seinem Adjektiv kam unser „Jud“ übrigens durch den exzellenten Antisemiten Jakob Schmidt, Herzensfreund unseres Max Hesse und Stadtrat zu Lampertheim! Man ahnt bereits, wohin unser brauner, hakenkreuz-förmig laufender

Hase eigentlich will . . . Doch hören wir, was ein westdeutscher Publizist dazu zu sagen hat: „Zunächst sei festgestellt, daß dieses großenwahnsinnige Geklaff eines Provinzblättchens gegen Persönlichkeiten wie Dr. Pechel und . . . (hier steht der Name des „stinkigen Jud“) geradezu lächerlich anmutet. Aber die Ursachen liegen weiter zurück.“ Welches sind nun die Ursachen?

Am 21. November des Jahres 1955 hatte Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk u. a. erklärt:

„WILHELM RAU hat nach glaubwürdigen Aussagen im besetzten Polen die Rolle gespielt, die Roland Freisler in Deutschland durchführte.“

Wer ist dieser Wilhelm Rau, unser heiliger Kriegsverbrecher, heute? Er ist Justiz-Oberinspektor in Mainz! Und wer war Wilhelm Rau von 1933 bis 1945? Lassen wir uns doch von einer seriösen westdeutschen Zeitung darüber aufklären:

„Rau war bereits 1933 ein strammer SA-Mann. Nach der „Machtübernahme“ Hitlers beteiligte er sich in einem SA-Rollkommando an Aktionen gegen Antifaschisten (Zeugenaussagen liegen vor). Man sollte, so wurden wir aufgefordert, Herrn Rau einmal fragen, wo er gewesen sei, als die SA im katholischen Jugendheim die Fahnen plünderte . . .“

Nach Kriegsausbruch ging er als Justiz-Inspektor nach Polen. Dort tat er — ein entsprechendes DOKUMENT wurde der Staatsanwaltschaft mit Schreiben vom 22. Oktober 1956 zugeleitet! — u. a. folgendes:

„Wilhelm RAU befand sich von 1939 bis 1942 in den zeitweilig besetzten Gebieten der Republik Polen als Vertreter der deutschen Justiz in den Städten Chodecz, Kutno und Brezesc-Kujawski, wo er wiederholt in seiner Funktion als Ankläger gegen polnische Bürger an Gerichtsverhandlungen teilgenommen hat. Im März 1941 war Rau dabei, als fünfzig polnische Bürger in Tabin erschossen wurden; im April desselben Jahres wurde in seiner Gegenwart das Todesurteil an drei polnischen Patrioten auf dem Marktplatz in Kutno vollstreckt.“

Im Dezember 1939 war Rau bei Mißhandlungen von polnischen Juden in der Stadt Brezesc-Kujawski anwesend, die man mit Gewalt zwang, sich gegenseitig die Bärte abzurazieren und die Barthaare zu schlucken. Rau fotografierte diese Mißhandlungen.“

Für obige Taten wurde er von den Sowjetbehörden zum TODE VERURTEILT, später jedoch zu 25 Jahren benadigt.

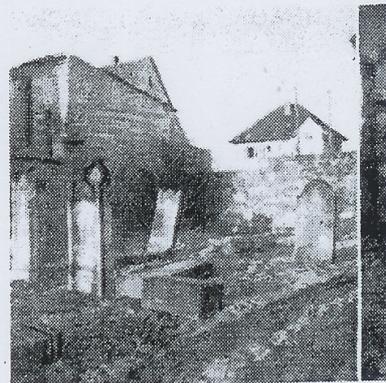
Der „Spätheimkehrer“

Bereits im Herbst 1955 kam er dann als HELD in seine Vaterstadt Lampertheim zurück. FASCHISTEN trugen ihn damals auf Schultern in seine Wohnung. Lichter waren angezündet. **Bürgermeister Adam Günderoth** veranstaltete für Rau eine Feierstunde, die

von Lampertheim“. Und Herr Rau verklagte prompt den Süddeutschen Rundfunk, Dr. Pechel und den „stinkigen Jud“ — so heißt er ja noch immer, seit Herr Jakob Schmidt ihm diesen Namen gab — bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Am 24. No-

Zeitung“ — als „persönliche Auseinandersetzungen“ zwischen dem Widerstandskämpfer Pechel und Herrn Rau zu werten! Allerhand . . .

Was wissen die bundesrepublikanischen Justizbehörden über Wilhelm Rau? Im Heimkehrer-Erfassungsbogen des Lagers Friedland (Westdeutschland) findet sich über Rau folgende Eintra-



Auf dem jüdischen Friedh

gung: „Anwendung der hitler-faschistischen Gesetze mit brutaler Gewalt“. Das wesentliche Dokument (siehe Chodecz, Kutno und Brezesc-Kujawski) über Raus Vergangenheit ging — wie bereits gesagt — der Staatsanwaltschaft am 22. Oktober 1956 zu. Und was geschah dann?

Dann (vor kurzem erst war's) reabilitierte der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans Oebel Herrn Wilhelm Rau ohne ein Verfahren. Lediglich auf Grund der Aussagen des Herrn Rau! Und weil Wilhelm Rau zu seiner „Entlastung“ deutsche Richter und Justizbeamte anführte, die damals mit ihm zusammen in Polen waren (!), Richter und Justizbeamte, von denen — um nur zwei zu nennen — der eine (Dr. Bohnacker) selbst unter Nr. 20 auf einer Liste steht, während der andere (Naujock) auf Seite 49 des erschütternden Werkes „SS im Einsatz“ zu finden ist. Mit solchen „Entlastungszeugen“ hat der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans Oebel soeben Herrn Wilhelm Rau der westdeutschen Öffentlichkeit als Osterlammlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Günderoth, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Günderoth . . . hat wohl vergessen, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil er auf seinem Standpunkt beharrte? Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschlagene (Photo und Aussagen vorhanden) seinen Strafantrag gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückziehen flehentlich ge-

ch
kl
St
—
m
w
F
h

d
fi
sc
au
IV
IV
d
g

bi
zu
ni
K

pe
le
St
di

ki
he
ei
Jl

st
di
di

de
w
ur
w
U
be
(z

H
H
H

ausgeber der „Deutschen Rundschau“, und der „stinkige Jud“. Zu seinem Adjektiv kam unser „Jud“ übrigens durch den exzellenten Antisemiten Jakob Schmidt, Herzensfreund unseres Max Hesse und Stadtrat zu Lampertheim! Man ahnt bereits, wohin unser brauner, hakenkreuz-förmig laufender

die man mit Gewalt zwang, sich gegenseitig die Bärte abzurazieren und die Barthaare zu schlucken. Rau fotografierte diese Mißhandlungen.“

Für obige Taten wurde er von den Sowjetbehörden zum TODE VERURTEILT, später jedoch zu 25 Jahren be-
gnadigt.

Der „Spätheimkehrer“

Bereits im Herbst 1955 kam er dann als HELD in seine Vaterstadt Lampertheim zurück. FASCHISTEN trugen ihn damals auf Schultern in seine Wohnung. Lichter waren angezündet. Bürgermeister Adam Günderoth veranstaltete für Rau eine Feierstunde, die selbst in Faschistenkreisen als „außergewöhnlich“ bezeichnet wurde. 2000 Menschen (die „Lampertheimer Zeitung“ stellte es fest) hatten sich zu seinem Empfang versammelt. Es läuteten die Lampertheimer Kirchenglocken (!!). Es war wie in der Christnacht, wie am Ostermorgen . . . Und dann teilte der Publizist Dr. Rudolf Pechel am 21. November 1955 der Öffentlichkeit einige Tatsachen über den „Spätheimkehrer“ Wilhelm Rau mit. Und die Öffentlichkeit (nicht nur die deutsche) hatte wahrlich ein Anrecht auf einige Auszüge aus dem Lebenslauf des „Helden

von Lampertheim“. Und Herr Rau verklagte prompt den Süddeutschen Rundfunk, Dr. Pechel und den „stinkigen Jud“ — so heißt er ja noch immer, seit Herr Jakob Schmidt ihm diesen Namen gab — bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Am 24. November 1955 schrieb die „Lampertheimer Zeitung“ unter der Überschrift „Falschmeldungen des Südd. Rundfunks über Lampertheim“ Zetermordio: „In der Angelegenheit des Heimkehrers Rau wird sofort eine Offizialklage gegen den Sprecher des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Pechel, erhoben . . . Es kann nicht im Sinne der württembergisch-badischen Regierung liegen und auch nicht die Aufgabe des Rundfunks sein, daß er als Instrument für persönliche Auseinandersetzungen mißbraucht wird.“ Also: Die Verbrechen des Wilhelm Rau sind — laut „Lampertheimer

württembergischen Rundfunks“ als „Spätheimkehrer“ präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Günderoth, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Günderoth . . . hat wohl vergessen, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil er auf seinem Standpunkt beharrte? Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschlagene (Photo und Aussagen vorhanden) seinen Strafantrag gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückzuziehen flehentlich gebeten wurde . . .“

der Lampertheimer Bürgermeister, der über diese Sendung scheinbar nicht hinwegzukommen vermag, berief zu Ehren „seines“ Wilhelm Rau eine Pressekonferenz ein. (!) Und dann berichtete auch der „Mannheimer Morgen“, der nicht zum erstenmal den Lampertheimer HERREN einen Freundschaftsdienst erweist:

„Es konnte nachgewiesen werden, daß Rau zwar bei verschiedenen Amtsgerichten im besetzten polnischen Gebiet (in Brezesc-Kujawsk, Chodetsch und Kutno) tätig war, daß er mögli-

om heiligen Kriegsverbrecher

1 Zeitung“ — als „persönliche Auseinander-
t setzungen“ zwischen dem Wider-
3 standskämpfer Pechel und Herrn Rau
1 zu werten! Allerhand . . .

1 Was wissen die bundesrepublikanischen
1 Justizbehörden über Wilhelm
1 Rau? Im Heimkehrer-Erfassungsbogen
1 des Lagers Friedland (Westdeutschland)
1 findet sich über Rau folgende Eintra-

cherweise auch das Amt eines An-
klagevertreters in amtsgerichtlichen
Strafverfahren — also Bagatellsachen
— ausgeübt hatte, daß er jedoch un-
möglich in einem Verfahren mitge-
wirkt haben kann, das Todesurteile zur
Folge hatte.“

Man dankt den Herren vom „Mann-
heimer Morgen“! Selbstredend sind

die Barthaare zu schlucken. Rau foto-
grafierte diese Mißhandlungen.“

„Unverzüglich verhaften!“

Daß zwei westdeutsche Rundfunk-
anstalten und Blätter wie die „Frank-
furter Rundschau“ und das „Darm-
städter Echo“ den Mann, der in Tabin,
Kutno und Brezesc-Kujawski so Un-
menschliches getan, nun ebenfalls re-
habilitierten, bleibt unverständlich.
Wen kann es da noch wundern, daß
derselbe Wilhelm Rau neuerdings
(nachdem er mit seiner ersten Straf-
anzeige keinen Erfolg gehabt) Straf-
anträge gestellt gegen den Wider-
standsmann Dr. Pechel und den „stin-
kigen Jud“ von Lampertheim (auch
Herr Rau kennt den Stadtrat Jakob
Schmidt, der den „Jud“ in den „stink-
igen Jud“ umtaufte, recht gut)? Und
wer begreift nicht, daß der ordentlich
Morgenluft witternde Herr Rau sich
erlaubte, in einem Schreiben an die
Staatsanwaltschaft Darmstadt zu for-
dern, daß unser „Jud“ mit einer hohen
Gefängnisstrafe zu belegen sei, denn
mit Geld sei „das nicht mehr zu sü-
hen!“ Was eigentlich? Nun: daß unser
„Jud“ für die Beschaffung des DOKU-
MENTS verantwortlich zeichnet. Ein
Verbrechen — wie? Und dann schrieb
Herr Rau an die Staatsanwaltschaft,
er, der „stinkige Jud“ des Jakob
Schmidt, sei unverzüglich zu verhaf-
ten, da Fluchtverdacht bestehe! Er, der
„stinkige Jud“ muß ins Gefängnis (so
meint Herr Rau) . . . Der heilige Kriegs-
verbrecher aber fährt im eigenen Wa-
gen — alle Kriegsverbrecher werden
hierzulande belohnt — von Lamper-
heim nach Mainz und umgekehrt. Der
„stinkige Jud“, so meint Wilhelm Rau,
müsse nun flüchten . . . Der heilige
Kriegsverbrecher fühlt sich mehr als
sicher im Reich von Globke und Lautz.



Auf dem jüdischen Friedhof von Lampertheim

1 gung: „Anwendung der hitler-faschis-
1 tischen Gesetze mit brutaler Gewalt“. Das
1 wesentliche Dokument (siehe Chod-
1 dez, Kutno und Brezesc-Kujawski)
1 über Raus Vergangenheit ging — wie
1 bereits gesagt — der Staatsanwaltschaft
1 am 22. Oktober 1956 zu. Und was ge-
1 schah dann?

1 Dann (vor kurzem erst war's) reha-
1 bilitierte der Mainzer Oberstaatsan-
1 walt Hans Oebel Herrn Wilhelm Rau
1 ohne ein Verfahren. Lediglich auf
1 Grund der Aussagen des Herrn Rau!
1 Und weil Wilhelm Rau zu seiner „Ent-
1 lastung“ deutsche Richter und Justiz-
1 beamte anführte, die damals mit ihm
1 zusammen in Polen waren (!), Richter
1 und Justizbeamte, von denen — um
1 nur zwei zu nennen — der eine (Dr.
1 Bohnacker) selbst unter Nr. 20 auf
1 einer Liste steht, während der andere
1 (Naujock) auf Seite 49 des erschütter-
1 nenden Werkes „SS im Einsatz“ zu finden
1 ist. Mit solchen „Entlastungszeugen“
1 hat der Mainzer Oberstaatsanwalt Hans
1 Oebel soeben Herrn Wilhelm Rau der
1 westdeutschen Öffentlichkeit als Oster-
1 lämmlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister,
Herr Adam Günderoth, der einfach
nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf
Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst
erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam
Günderoth . . . hat wohl vergessen,
daß er einmal auf dem Rathaus einen
Bürger seiner Stadt blutig und ihm
vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil
er auf seinem Standpunkt beharrte? Die
gerichtliche Verfolgung wurde dadurch
unmöglich gemacht, daß der Geschl-
agene (Photo und Aussagen vorhanden)
seinen Strafantrag gegen vage Ver-
sprechungen, die dann nicht gehalten
wurden, zurückziehen flehentlich ge-

das BAGATELLSACHEN: „ . . . als
fünfzig polnische Bürger in Tabin er-
schossen wurden . . . das Todesurteil
an drei polnischen Patrioten auf dem
Marktplatz in Kutno vollstreckt . . .
Mißhandlungen von polnischen Juden,
die man mit Gewalt zwang, sich ge-
genseitig die Bärte abzurazieren und

Was geht in Lampertheim vor?

Die „Geschichte vom heiligen Kriegsver-
brecher und stinkigen Jud“ ist noch nicht
zu Ende. Zu Ende ist sie auch dann noch
nicht, wenn wir folgende Einzelheiten zur
Kenntnis genommen:

1. Bereits im Jahre 1953 stellte ein Lam-
pertheimer Schullehrer, ein ganz spezieller
Freund des Antisemiten Jakob
Schmidt, dem Bürgermeister Günderoth die
bezeichnende Frage:

„Wußten Sie, daß Herr . . . ein Jud ist?“
Einige Monate später durfte der „Jud“
keine Vorlesungen mehr an der Lamper-
theimer Volkshochschule halten. Er wurde
einfach hinausgeworfen. Grund: Sein
Judesein.

2. Der Lampertheimer Polizei-Anges-
tellte Friedrich Dinges antwortete auf
die Frage des Richters, warum damals
die Tür angelehnt blieb:

„Vielleicht weil er ein Jude war“ . . .
3. Der 24jährige Werner Schmidt, Sohn
des Antisemiten Jakob Schmidt, läutete
während Monaten den „stinkigen Jud“ vor
und nach Mitternacht aus dem Schlaf. Er
wurde erwischt — und gestand vor dem
Untersuchungsrichter. Dafür bezahlte er
beim Lampertheimer Amtsgericht DM 10.-
(zehn)!

4. Der Lampertheimer Kinobesitzer
Hans Eisenbraun beleidigte den „stinkigen
Jud“ vor versammelter Gemeinde. Der

kann sein Handwerk auch dieses Mal
nicht gelegt werden. In Hessen.

9. Der Landtagsabgeordnete Dr. Karl
Keilmann durfte vor Richter und Staats-
anwalt in Darmstadt verkünden:

Frankfurter Neue Presse: „Er soll mit
den ollen Kamellen — gemeint sind die
Judenvergasungen — endlich aufhören.
Das ist längst erledigt!“

Rechtsanwalt Josef Jösch, der den „stin-
kigen Jud“ aus Überzeugung und in Empö-
rung über den schandbaren Neonazismus
vertritt, wandte sich u. a. mit folgendem
Satz an den Herrn Generalstaatsanwalt:
„Es rechtfertigt sich die Frage: Was muß
denn alles einem jüdischen Bürger ge-
sagt werden, um das öffentliche Interesse
zu wecken?“

Der Hessische Generalstaatsanwalt hat
dem Frankfurter Anwalt Josef Jösch kei-
ne Antwort zukommen lassen . . .

10. Dafür muß der „stinkige Jud“ be-
nahe DM 3000 (dreitausend) bezahlen, weil
er die schlimmsten Peiniger als „Nazi-
bonzen“ und „nazistische Bluthunde“ be-
zeichnet hatte! Und Rechtsanwalt Dr.
Keilmann, der die Judenvergasungen als
„olle Kamellen“ bezeichnete, Pg vom 1.
Mai 1933 (!), genierte sich in keiner Weise,
unserem „Jud“ eine Rechnung in Höhe
von DM 1000.— zu stellen. Selbst das Ge-
richt fand das zu toll — und nun be-

westdeutschen Öffentlichkeit als Osterlammlein präsentiert.

Der Lampertheimer Bürgermeister, Herr Adam Günderoth, der einfach nicht vergessen kann, daß Dr. Rudolf Pechel im Süddeutschen Rundfunk einst erklärte:

„Und Herr Bürgermeister Adam Günderoth . . . hat wohl vergessen, daß er einmal auf dem Rathaus einen Bürger seiner Stadt blutig und ihm vier Zähne ausgeschlagen hat, nur weil er auf seinem Standpunkt beharrte? Die gerichtliche Verfolgung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Geschlagene (Photo und Aussagen vorhanden) seinen Strafantrag gegen vage Versprechungen, die dann nicht gehalten wurden, zurückziehen flehentlich gebeten wurde . . .“

der Lampertheimer Bürgermeister, der über diese Sendung scheinbar nicht hinwegzukommen vermag, berief zu Ehren „seines“ Wilhelm Rau eine Pressekonferenz ein. (!) Und dann berichtete auch der „Mannheimer Morgen“, der nicht zum erstenmal den Lampertheimer HERREN einen Freundschaftsdienst erweist:

„Es konnte nachgewiesen werden, daß Rau zwar bei verschiedenen Amtsgerichten im besetzten polnischen Gebiet (in Brezesc-Kujawsk, Chodetsch und Kutno) tätig war, daß er mögli-

cheiner Volkshochschule haben. Er wurde einfach hinausgeworfen. Grund: Sein Judesein.

2. Der Lampertheimer Polizei-Angestellte Friedrich Dinges antwortete auf die Frage des Richters, warum damals die Tür angelehnt blieb:

„Vielleicht weil er ein Jude war“ . . .

3. Der 24jährige Werner Schmidt, Sohn des Antisemiten Jakob Schmidt, läutete während Monaten den „stinkigen Jud“ vor und nach Mitternacht aus dem Schlaf. Er wurde erwischt — und gestand vor dem Untersuchungsrichter. Dafür bezahlte er beim Lampertheimer Amtsgericht DM 10.- (zehn)!

4. Der Lampertheimer Kinobesitzer Hans Eisenbraun beleidigte den „stinkigen Jud“ vor versammelter Gemeinde. Der Herr Oberstaatsanwalt in Darmstadt aber fand, daß die westdeutsche Öffentlichkeit kein Interesse daran habe! Und so mußte Eisenbraun auf dem Weg der Privatklage DM 100,— an jüdische Waisenkinder bezahlen. Später erklärte er, sich beim „Jud“ entschuldigend:

„Wenn ich Sie nicht verleumdet hätte, so hätte Herr Hornfeck (der Polizeichef von Lampertheim und einer der treuesten Freunde des Judenhassers Jakob Schmidt) einen anderen Grund gesucht, um gegen Sie vorzugehen!“

5. Der ehemalige Lampertheimer Kriminalsekretär Heinz Münch bescheinigte dem Antisemiten Jakob Schmidt, daß er „ein wohlgesehener Bürger“ sei — und gleichzeitig kränkte er den „Jud“ in unüberbietbarer Weise! . . . Heute ist Herr Münch Bundeswehr-Offizier!

6. Der Stadtrat Jakob Schmidt erklärte vor versammelter Fraktion: „Der stinkige Jud!“

Später erklärte er stolz vor Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor: „Vor 50 Jahren hat man schon ‚Dreckjud‘ gesagt!“

Zu seinem Freund, dem Lampertheimer Polizei-Kommissar Wilhelm Hornfeck, sagte er: „Jetzt geh ich ‚rüber und schlag dem Jud‘ die Schnut‘ voll!“

Der Polizei-Kommissar fand nichts Böses dabei. Heute ist der Polizei-Kommissar Hornfeck ein Oberkommissar in Lampertheim . . .

7. Jakob Schmidt leugnete durch zwei Instanzen vor Gericht seine Mitgliedschaft zur NSDAP. Der „stinkige Jud“ jedoch konnte ihm via Document Centre, Westberlin, seine NSDAP-Mitgliedsnummer und sein Eintrittsdatum nachweisen. Doch der Frankfurter Generalstaatsanwalt schrieb lediglich: „Kein voller Beweiswert.“

So gelten also nicht einmal mehr die exakten Angaben der Dokumentenzentrale! Dafür gilt die eigene Angabe des Herrn Jakob Schmidt. Und die Meineidsanzeige des „stinkigen Jud“ vom 8. August 1956 ist wertlos geworden . . .

8. „Eine Strafverfolgung liegt“, wie Hessens Generalstaatsanwalt meint, „nicht mehr im öffentlichen Interesse“ (!!). Es heißt wörtlich: „Nicht mehr.“ Soll das heißen, daß wir bei 1938 angelangt sind?

Hierzu schrieb der bedeutende jüdische Rechtsanwalt Joseph Klubansky kurz vor seinem Tode: „ . . . Nach meinem Dafürhalten dieses Mal eine Möglichkeit, Herrn Schmidt sein Handwerk zu legen! . . .“

Ich habe dann beim Herrn Generalstaatsanwalt Beschwerde einlegen lassen. Umsonst. Die hessische Justiz duldet kein Offizialverfahren gegen Jakob Schmidt. O wie sehr hat sich der tapfere Joseph Klubansky getäuscht! Herrn Jakob Schmidt

„Es rechtfertigt sich die Frage: Was muß denn alles einem jüdischen Bürger gesagt werden, um das öffentliche Interesse zu wecken?“

Der Hessische Generalstaatsanwalt hat dem Frankfurter Anwalt Josef Jösch keine Antwort zukommen lassen . . .

10. Dafür muß der „stinkige Jud“ beinahe DM 3000 (dreitausend) bezahlen, weil er die schlimmsten Peiniger als „Nazibonzen“ und „nazistische Bluthunde“ bezeichnet hatte! Und Rechtsanwalt Dr. Keilmann, der die Judenvergasungen als „olle Kamellen“ bezeichnete, Pg vom 1. Mai 1933 (!), genierte sich in keiner Weise, unserem „Jud“ eine Rechnung in Höhe von DM 1000,— zu stellen. Selbst das Gericht fand das zu toll — und nun bekommt der Pg von 1933 vom „Jud“ nur DM 700.— . . .

11. An Sprechchören gibt es bis heute in Lampertheim:

„Jud, komm runter! Jud, komm runter!“

„Jud, Jud, Jud!“

„Judenweib! Judenweib!“

„Jud, Palästina! Jud, Palästina!“

Ferner wird für den „Jud“ am helllichten Tage das Horst-Wessel-Lied gepfiffen.

Und das alles unter den Augen des Lampertheimer Polizeichefs und des Lampertheimer Magistrats.

12. Die Lampertheimer Behörden arbeiteten bereits im Juli des Jahres 1956 mit der schlimmsten NS-Zeitschrift nach 1945, mit der „Anklage“ (Bad Wörishofen) zusammen! „Die Anklage“ beleidigte in einem zynischen Artikel die acht Vergasteten unseres „Jud“ — und berief sich bei besonders verwerflichen Stellen auf „Aussagen der Lampertheimer amtlichen Stellen!“

13. Die Basler National-Zeitung schrieb nicht von ungefähr:

„Es war ausgerechnet Lampertheim, das Hitler als erste Kleinstadt melden mußte, daß es frei von Juden sei . . . Wenn man aber dann noch erfährt, daß das hessische Innenministerium vor kurzem an den Schriftsteller Siegfried Einstein herangetreten ist, ihn bat, die Angelegenheit fallen zu lassen, da sie im Ausland unliebsames Aufsehen erregt habe, dann muß man sich fragen, wie weit sich politische Ansichten und Mentalitäten schon wieder festgelegt und ausgependelt haben und welch größere ‚Schutzmächte‘ hinter dem Ganzen stehen.“

14. Vor einiger Zeit ist der Jüdische Friedhof zu Lampertheim geschändet worden. Die Grabschänder können wieder einmal nicht gefunden werden! Die Lampertheimer Polizeistellen finden nur heraus, wo „Rassenschande“ getrieben wird („stinkiger Jud“ und „Arierin“ unter einem Dach!). Dieser Jüdische Friedhof — er wurde soeben gefilmt, damit die Welt erfahre, was hier möglich ist — gleicht einem Rübenacker. Es ist ungeheuerlich, zu sehen, wie die toten Juden noch gekränkt werden; wie unerwünscht sie im ehemals judenreinen Lampertheim sind.

15. Zum dritten Mal innerhalb kürzester Zeit erreichen den „stinkigen Jud“ Briefe aus dem Ausland nicht. Wer unterschlägt dem „Jud“ die Post? Wer?

Die Geschichte vom heiligen Kriegsverbrecher und „stinkigen Jud“ ist noch lange nicht zu Ende. Zu Ende aber ist der Raum für diesen Artikel. Und so wollen wir endlich sagen, daß der „stinkige Jud“ von Lampertheim, der „stinkige Jud“ des Herrn Jakob Schmidt, einfach Siegfried Einstein heißt.

r Anfang

stehe. Neue Wiederherstellungspläne und Neubaupläne wurden bekannt. Der Standortkommandant erklärte, daß die Bundeswehr bei ihrem schwierigen Ausbauwerk stets in gutem Einvernehmen mit der Stadt, den Behördendienststellen, Kirchen und Verbänden zusammengearbeitet und für ihre Wünsche Gehör gefunden habe. Die Henschelarbeiter aber sind ihrer Einstellung von damals treu geblieben. Sie kämpfen gegen den Bau von Schützenpanzern und sie gingen am 25. März gegen die Atomaufrüster auf die Straße. Für sie ist der Zusammenhang klar, und sie sagen auch nicht Ja zur konventionellen Ausrüstung der Bundeswehr; für sie ist das nur eine Etappe zur atomaren Ausrüstung.

Nun wurde am 13. Mai in Kassel Stadt und Land eine Arbeitsgruppe gegen den Atomtod gegründet, der u. a. auch Oberbürgermeister Dr. Lauritzen, der Regierungspräsident Dr. Hoch und der Dekan Sinning als Hauptvertreter der Kirche angehören. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich auch in dieser Arbeitsgruppe solche Erkenntnisse durchsetzen würden wie bei den Henschelarbeitern. Man kann manchem Sozialdemokraten in kommunaler Verantwortung zugutehalten, daß er seinen örtlichen Widerstand gegen Aufrüstungspläne, Kasernenbauten, Landbeschlagnahmen usw. unter dem Einfluß der opportunistischen Wehrpolitik der Parteiführung aufgegeben habe. Doch nachdem nun aus dem Kuckuck ein ausgewachsener Geier geworden ist, bedarf es der ernsthaften Überprüfung, wie es dazu kam, wohin es führt und was jetzt zu tun ist. Mit der Zeit gehen, heißt die Zeichen der Zeit verstehen und danach handeln. Pl.